

A5 Ukraine konsequent unterstützen

Antragsteller*in: Maximilian Gercke
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Antragsberatungen

Antragstext

1 Die Ukraine kämpft im Osten Europas gegen die russische Invasion und für
2 Demokratie und Freiheit. Wir, Bündnis 90/Die Grünen, haben uns einer
3 wertebasierten Außenpolitik verschrieben. Unsere zentralsten Werte sind die
4 Sicherung und Verteidigung von Frieden, Freiheit und Demokratie weltweit. Die
5 Ukraine verteidigt nicht nur sich selbst und das Leben der Ukrainer*innen,
6 sondern auch eben diese Werte und die Sicherheitsinteressen aller
7 Europäer*innen. Russlands Angriffskrieg bricht internationales Recht und bringt
8 Mord, Terror, Zerstörung und Vertreibung über das Land. Er hat das Ziel, die
9 Ukraine zu vernichten und kulturell auszulöschen. Es geht in diesem Krieg auch
10 um die Frage, ob ein autokratischer Staat mit Willkür und Waffengewalt im 21.
11 Jahrhundert in Europa kleinere Nachbarstaaten überfallen, erobern und vernichten
12 darf. Angesichts dessen müssen wir in Deutschland Verantwortung übernehmen und
13 handeln.

14 Wo, wenn nicht in der Ukraine, werden wir diejenigen konsequent unterstützen,
15 die unsere gemeinsamen Werte mit ihrem Leben verteidigen? Wann, wenn nicht
16 jetzt, werden wir anderen Demokratien im Kampf gegen Autokratien beistehen? Und
17 wer, wenn nicht wir, die größte Volkswirtschaft und Demokratie Europas und
18 unsere Partner*innen, soll die Ukraine mit allen zur Verfügung stehenden
19 humanitären, finanziellen und militärischen Mitteln ausstatten?

20 Wir stellen uns daher klar hinter die Entscheidung der Bundesregierung, die
21 Ukraine in ihrem Kampf für diese Werte - unsere Werte - mit allen Mitteln zu
22 unterstützen. Dies umfasst insbesondere auch die Waffenlieferungen an die
23 Ukraine, welche diese derzeit so dringend benötigt, um sich zu verteidigen und
24 ihre Bürger*innen zu befreien. Wir bekräftigen die Bundesregierung darin, diese
25 Entscheidung auch in der Zukunft zu tragen, bis die Ukraine sich erfolgreich
26 verteidigt hat und Frieden herrscht.

27 Wir fordern die Bundesregierung daher auf:

- 28 1. Die zugesagten Waffenlieferungen des Bundestagsentschlusses vom 28. April
29 2022 unverzüglich in die Ukraine zu liefern, wenn notwendig auch aus

30 Materialbeständen der Bundeswehr oder aus der deutschen/europäischen
31 Industrie.

32 2. Den EU-Partner*innen das zugesagte Gerät im Rahmen der sogenannten
33 Ringtauschlieferungen zeitnah zu ersetzen.

34 3. Bestehende Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten und sich auf EU-
35 Ebene gemeinsam mit den anderen EU-Staaten für eine einheitliche
36 Verschärfung der EU-Sanktionen gegen Russland einzusetzen.

37 4. Die Ukraine - Staat, Bevölkerung und Zivilgesellschaft - auch in Zukunft
38 mit aller Kraft finanziell, humanitär und mit militärischer Ausrüstung zu
39 unterstützen.

40 **Zugesagte Waffen liefern**

41 Nur ein kleiner Teil der Waffen, welche Deutschland der Ukraine zugesagt hat,
42 sind auch tatsächlich dort angekommen. Doch jede Waffe, die an der Front
43 eingesetzt werden kann, sei es Mehrfachraketenwerfer, Panzerhaubitze oder
44 Kampfpanzer, hilft der Ukraine, die russische Invasion zurückzuschlagen. Hierbei
45 sollte abermals geprüft werden, ob die Bundeswehr durch weitere Abgaben nicht
46 umfänglicher unterstützen könnte. Die Bundeswehr hat diese Waffen, um Frieden,
47 Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Dies wird gerade in der Ukraine getan.
48 Je früher sie geliefert werden und je besser die ukrainischen Soldat*innen beim
49 Transport geschützt werden können, desto weniger müssen im russischen
50 Artillerieschlag sterben, ohne die Invasoren aufhalten zu können. Die
51 Ukrainer*innen vertrauen auf unser Wort. Doch wenn sich unsere Zusagen nicht
52 oder kaum erfüllen, schwindet dieses Vertrauen.

53 **Ringtauschlieferungen durchführen**

54 Gleiches gilt für die Ringtauschlieferungen von Waffen an unsere Partner*innen,
55 die ihrerseits den ukrainischen Kampf unterstützen. Dass nicht ein einziger
56 Panzer im Ringtauschverfahren erfolgreich von Deutschland geliefert wurde,
57 spricht von Versagen. Auch hier steht die Vertrauenswürdigkeit und
58 Verlässlichkeit von Deutschland auf dem Spiel. Die EU-Partner*innen erhalten
59 immer stärker den Eindruck, dass Deutschland im Krieg mit Russland auf Zeit
60 spielen und nicht wirklich liefern wolle. Das schadet dem Ansehen Deutschlands in
61 der EU immens. Es sind daher auch Wege zu prüfen, unseren Partner*innen
62 benötigtes Material und Personal der Bundeswehr zu stellen und in diesem Rahmen
63 überführtes Material bei der Bundeswehr zeitnah zu ersetzen. Auch hier müssen
64 wir den Freiheitskampf der Ukraine mit allen Kräften unterstützen, sei es nur
65 indirekt.

66 **Sanktionen aufrechterhalten und schärfen**

67 Wie eine kürzlich veröffentlichte Studie der Yale School of Management zeigt,
68 wirken unsere auf EU-Ebene beschlossenen Sanktionen. Russlands Wirtschaft steht

69 am Abgrund. Die Sanktionen zeigen nicht nur, dass ein Land büßen muss, wenn es
70 einen menschenverachtenden Angriffskrieg führt. Viel wichtiger: Sie würgen die
71 russischen Kriegswirtschaft ab. Je weniger Geld Putins Regime zur Verfügung
72 steht, desto schlechter kann es Krieg führen. Daher müssen wir die bereits
73 existierenden Sanktionen aufrechterhalten und in Absprache mit unseren EU-
74 Partner*innen verschärfen. Auch im Herbst und im Winter, bei steigenden
75 Gaspreisen und auch wenn der Krieg noch darüber hinaus andauert.

76 **Zukünftig unterstützen**

77 Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass der Krieg dieses Jahr endet. Doch eines
78 hat sich in den letzten Monaten klar gezeigt: Waffenlieferungen für die Ukraine
79 machen einen Unterschied. Putin allerdings setzt darauf, dass der Westen seine
80 Unterstützung der Ukraine nicht durchhalten wird und er die allein gelassene
81 Ukraine endgültig überwältigen kann. Zu diesem Zweck manipuliert das russische
82 Regime Gaslieferungen, versucht die EU zu spalten, destabilisiert unsere
83 Gesellschaften mit Desinformationskampagnen und setzt Weizen als Waffe ein -
84 alles, um unser Bündnis zu schwächen. Diesem Druck dürfen wir nicht nachgeben.

85 Wenn wir es ernst meinen mit unseren Werten und einer Außenpolitik, die von
86 ihnen geleitet wird, müssen wir die Ukraine jetzt und in Zukunft unterstützen.
87 Wenn der Westen nicht entschlossen an der Seite der Ukraine steht und sie fallen
88 sollte, könnte Putin zu Recht annehmen, dass wir und die Demokratie, die er
89 hasst, schwach und uneinig sind. Sein nächster Feldzug wäre nicht weit. Nichts
90 wäre in Europa wie vor dem Krieg. Daher müssen wir uns mit aller Kraft hinter
91 die Menschen stellen, die unsere und ihre Werte in der Ukraine verteidigen.

92 Bei der Beschlussfassung am 27.08.2022 waren folgende Delegationen anwesend:

- 93 • Bundesvorstand
- 94 • Bundestagsfraktion
- 95 • Abgeordnetenhaus Berlin
- 96 • Landtag Bayern
- 97 • Grüne Jugend
- 98 • Landesverband Baden-Württemberg
- 99 • Landesverband Bayern
- 100 • Landesverband Berlin

- 101 • Landesverband Bremen
- 102 • Landesverband Hamburg
- 103 • Landesverband Hessen
- 104 • Landesverband Niedersachsen
- 105 • Landesverband Nordrhein-Westfalen
- 106 • Landesverband Rheinland-Pfalz
- 107 • Landesverband Sachsen
- 108 • Landesverband Sachsen-Anhalt
- 109 • Landesverband Schleswig-Holstein
- 110 • Landesverband Thüringen

A2NEU EU-Kandidatenstatus für Bosnien-Herzegowina

Antragsteller*in: Andreas Meinicke, Sava Stomporowski,
Sonja Schiffers, Holger Haugk
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Antragsberatungen

Antragstext

1 Beim diesjährigen Westbalkan-Gipfel am 23.6.22 in Brüssel wurde u.a. Bosnien-
2 Herzegowina der EU-Kandidatenstatus kurzfristig in Aussicht gestellt, wenn das
3 Land zügig die Wahl- und Verfassungsreform in Angriff nimmt. Damit wurde bewusst
4 von der bisherigen Reformprioritätenliste der EU zur Erreichung des
5 Kandidatenstatus für Bosnien-Herzegowina abgewichen, um wie auch im Fall der
6 Ukraine und Republik Moldau, für die der Kandidatenstatus beim letzten EU-Gipfel
7 bereits beschlossen wurde, ein politisches Signal zu setzen. Damit soll neuer
8 Schwung in den EU-Erweiterungsprozess für das Land kommen, was u.a. auch durch
9 den Antrittsbesuch unserer Außenministerin in Sarajewo gleich zu Beginn ihrer
10 Amtszeit sowie der Einsetzung von Manuel Sarrazin als Sonderbeauftragten der
11 Bundesregierung für den Westbalkan bereits zum Ausdruck kam.

12 Insbesondere das ethno-nationalistische Agieren von Politikern wie Milorad
13 Dodik, Bakir Izetbegovic oder Dragan Covic ist darauf angelegt, den Staat
14 Bosnien-Herzegowina als Heimat einer vielfältigen Bevölkerung zu zerstören. Eine
15 zügige Verleihung des Kandidatenstatus für das Land könnte dem entgegenwirken.
16 Dennoch bleibt der Reformprozess in Bosnien-Herzegowina notwendig. Die 14 Punkte
17 aus dem europäischen Avis (Stellungnahme der Europäischen Kommission) wurden
18 bislang zu wenig angegangen. Unsere Hoffnung ist es, dass wir einen neuen
19 demokratischen Anstoß für die EU-Integration geben. Auch vor dem Hintergrund,
20 dass Teile der jungen Bevölkerung dem Land seit Jahren den Rücken kehren, 2021
21 alleine zwischen 100.000 und 170.000 Bosnier*innen, scheint Eile geboten, um der
22 jungen Bevölkerung in ihrer Heimat eine Perspektive zu bieten. Nur gemeinsam mit
23 der Europäischen Union wird es möglich sein, die Lebensstandards im Land zu
24 verbessern und Antworten auf dringende umweltpolitische und soziale Fragen zu
25 finden.

26 Trotzdem sollte die Verleihung des Kandidatenstatus nicht bedingungslos
27 erfolgen. Während die Bürger*innen von Bosnien-Herzegowina ein Zeichen der
28 Hoffnung brauchen, käme eine bedingungslose Förderung des Beitrittsprozesses zu
29 diesem Zeitpunkt einer Belohnung für die ethnonationalistischen Parteien an der
30 Macht gleich, die diesen Schritt als Zeichen der Zustimmung der EU zu ihrer
31 Politik verkaufen würden. Daher unterstützen wir Initiativen wie den

32 Bürger*innen Rat, die sich der Aufgabe stellen, eine neue demokratische Struktur
33 aufzubauen. Das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürger*innen und
34 Expert*innen für eine Verfassung unterstützen wir.

35 Wir fordern daher die Bundestagsfraktion auf, sich bei der Bundesregierung und
36 der EU-Kommission dafür einzusetzen, Bosnien-Herzegowina den Kandidatenstatus
37 zügig zu verleihen, wenn die dortigen Regierungsparteien folgende Bedingungen
38 erfüllen:

- 39 • die kurzfristige Rücknahme aller von Dodik vorgelegten secessionistischen
40 Gesetze
- 41 • die Verabschiedung erster Anti-Korruptionsgesetze sowie
- 42 • die Abhaltung freier und fairer Wahlen im Oktober einschließlich der
43 Umsetzung der Wahlergebnisse

44 Daher begrüßen wir den Antrag des Deutschen Bundestages (Bosnien und Herzegowina
45 beim Aufbruch in eine bessere Zukunft unterstützen, [DS 20/2035](#)) und fordern die
46 Bundestagsfraktion auf, sich weiterhin bei der Bundesregierung und der EU-
47 Kommission dafür einzusetzen, nur Reformvorschläge zu unterstützen, die ein
48 liberal-demokratisch verfasstes Bosnien-Herzegowina zum Ziel haben und die
49 ethnisch-nationalistische Spaltung überwinden. Von der internationalen
50 Gemeinschaft angestrebte Reformvorhaben müssen transparent und öffentlich
51 nachvollziehbar gestaltet werden. Für diese Prozesse ist es unabdingbar,
52 bürgerliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen eine zentrale Stellung zu
53 geben.

54 Daher muss Bosnien-Herzegowina zur Verleihung des Kandidatenstatus sowohl
55 bilateral als auch durch die EU, die Unterstützung bekommen, um diese Ziele zu
56 erreichen.

57 Bei der Beschlussfassung am 28.08.2022 waren folgende Delegationen anwesend:

- 58 • Landtagsfraktion Bayern
- 59 • Grüne Jugend
- 60 • Landesverband Baden-Württemberg
- 61 • Landesverband Bayern
- 62 • Landesverband Berlin

- 63 • Landesverband Bremen
- 64 • Landesverband Hamburg
- 65 • Landesverband Hessen
- 66 • Landesverband Niedersachsen
- 67 • Landesverband Nordrhein-Westfalen
- 68 • Landesverband Rheinland-Pfalz
- 69 • Landesverband Sachsen
- 70 • Landesverband Sachsen-Anhalt
- 71 • Landesverband Schleswig-Holstein

D1 Gegen Repressionen und Verbote: Palästinensische NGOs brauchen Unterstützung

Antragsteller*in: Steffen Hagemann, Jörn Böhme, Friedel
Grüzmacher, Martin Pilgram, David Baltzer,
Tobias Balke, Martin Forberg, Ursula
Mindermann

Tagesordnungspunkt: TOP 10 Antragsberatungen

Antragstext

1 Am 18. August 2022 haben israelische Sicherheitskräfte die Büros von sechs
2 palästinensischen NGOs, darunter Menschenrechtsorganisationen wie al-Haq und
3 Addameer, durchsucht, Unterlagen konfisziert und die Büros verschlossen. Bereits
4 im Oktober 2021 hatte der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz diese
5 Organisationen als Terrororganisationen eingestuft, ohne jedoch Belege hierfür
6 vorzulegen. Die Einstufung als Terrororganisation ist daher von zahlreichen
7 Staaten der EU, darunter Deutschland, zurückgewiesen worden. Bislang konnten die
8 betroffenen Organisationen weiterarbeiten, mit der Razzia ist ihre Existenz nun
9 akut gefährdet.

10 Das Vorgehen der israelischen Regierung gegen die sechs palästinensischen
11 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist ein Schlag ins Gesicht aller Kräfte,
12 die sich für Menschenrechte, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie für
13 faire Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts einsetzen.

14 Wir fordern die Bundesregierung auf, die israelischen Razzien zu verurteilen,
15 ihre Haltung aus dem gemeinsamen Statement der neun EU-Staaten aus dem Juli 2022
16 zu bekräftigen und die israelische Regierung aufzufordern, die Einstufung der
17 palästinensischen NGOs als Terrororganisationen zurückzunehmen. Zudem müssen
18 Deutschland und die EU konkrete Schritte unternehmen, um das Weiterbestehen und
19 die Fortführung der Arbeit der betroffenen NGOs sicherzustellen. Dazu gehört
20 insbesondere, die finanzielle Förderung auch in Zukunft zu ermöglichen.

21 Bei der Beschlussfassung am 28.08.2022 waren folgende Delegationen anwesend:

- 22 • Landtagsfraktion Bayern
- 23 • Grüne Jugend

- 24 • Landesverband Baden-Württemberg
- 25 • Landesverband Bayern
- 26 • Landesverband Berlin
- 27 • Landesverband Bremen
- 28 • Landesverband Hamburg
- 29 • Landesverband Hessen
- 30 • Landesverband Niedersachsen
- 31 • Landesverband Nordrhein-Westfalen
- 32 • Landesverband Rheinland-Pfalz
- 33 • Landesverband Sachsen
- 34 • Landesverband Sachsen-Anhalt
- 35 • Landesverband Schleswig-Holstein